

Deutsch-Logo in Franzosenhut

Genf, 27. Juni.

Die Mandatskommission des Völkerbundes beschäftigt sich in ihrer Verhandlung mit dem Bericht über Deutsch-Logo. Sie begann mit der Prüfung einer Reihe von grundlegenden Fragen über die Art, wie Frankreich sein Mandat in Logo ausübt und von den Eingeborenen die Nationalrechte aufrechterhält. Der französische Kommissar für Logo und ein Vertreter der französischen Kolonialministerien beantworteten die von der Mandatskommission an sie gerichteten Fragen. Sie beruhten eine Darstellung zu geben, nach der die Lage der Eingeborenen sich unter der französischen Verwaltung gebessert hätte. Von einer militärischen Ausbeutung hätte Frankreich abgesehen. Es hätte die Eingeborenen nur zum Wohlstand verwendet. Heute Abend wird die Prüfung der Berichtlinie in Logo fortgesetzt.

Wie die Lage in Logo in Wirklichkeit ist, lehnen uns immer wieder deutsche Redaktionen auf diesem Gebiete.

Gatsberungen im Reichstage

Berlin, 27. Juni.

Am Regierungssitz Reichsfinanzminister v. Schlieffen. Das Saal ist nahezu leer. Präsident Lobebe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Ein Gesandtentwurf über den Schutz des Patents, das zur Anfertigung von Schulurkunden verwendet wird, wird in allen drei Lesungen angenommen. Die zweite Lesung des Reichshaushalts wird dort fortgesetzt.

Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Der Haushaltsausgleich fordert Ausleihungen der Häften des neuen Ostloansverzeichnisses im Verwaltungsvergange. Die Reichsregierung wird ferner erlaubt, die gegenwärtig in den Verhandlungen über eine andere wirtschaftliche Ausleihung des Reichsfinanzministeriums eingetragenen im Sinne einer Disposition weiterzuführen und zu vermindern, das den Häften aus der vorgenannten Kurvereinbarung untragbare Millionenverpflichtungen entstehen.

Hg. Eggerstedt (Soz.) hebt hervor, daß die Grundlage für die Überführung der Steuern auf das Reich von Erzeugern der Steuer wurde, der der beste Staat gerichtet habe. Die Sprüche hätten sich außerordentlich vermehrt. Durch das auch im Weisen gelangten große Spritzenwerk steuerfrei im Land.

Hg. Dr. Oberfahren (Dn.) billigt vollkommen die Finanzpolitik des jetzigen Finanzministers. Es sei zu befehlen, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Volksteuer und sonstige Steuerpolitik des Reichsfinanzministeriums unlosbar sei. Begrüßung müßte man, daß im Etat eine

Schließung der Säße für den Reichspräsidenten

und die alten Kriegsveteranen vorgehen sei. Die Dispositionen seien auch für die Erweiterung der Ausleihung und Durchführung des Budgetausgleichs eingetragenen, halten aber nicht die Ansicht, daß alle Beiträge der auf diese Weise erzielten Steuererträge als vor der Steuerhinterziehung geteilt bezeichnen könnten. Die Tollewa-Krisis des Wannringes werde und der Wannring ein monopolis könne nur dadurch geteilt werden, daß man zu den vor der Sozialgesetz befindlichen Zuständen zurückkehre.

Hg. Dr. Greiner (D.M.P.) betont, daß seine Partei schon früher für die Veranschlagung der Steuern eingetreten sei. Durch Steuererhöhung werde eine neue Kammer um die einzelnen Reichsteile gelegt und es sei davon zu erwarten, daß der Reichsminister ein gewisses Maß für diesen Gedanken habe. Die anderen Reichsteile hätten das höchste Zeugnis verdient wie die Monopolverwaltung. (Sehr richtig! sehr. Widerspruch links. Zurufe: Politische Unreife!) Die Frage der notwendigen Reformen des Beamtenbesoldung ist nicht gelöst. Die Beamtenüberhöhung über die Finanzverhältnisse des Reichs vorhanden sei.

Hg. Schreiber (Zent.) wünscht Aufklärung über die noch vorhandenen organisatorischen Unklarheiten im Reichsfinanzministerium, die namentlich über die noch angelegten Abteilungen des Reichsfinanzministeriums bestehen. Mit Genehmigung stellt der Reichspräsident die Bemerkung, die Vermehrung des Reichsfinanzministeriums sei zu teuer, unbegründet seien. Die Finanzangelegenheiten des Reichs dürfe nicht in kleinliche Aufsichtlichkeit bei den Vätern ausüben, weil dadurch der Intuitionismus des Reiches eher gefährdet würde.

Da bei einem kommunikativen Antrag auf Verlegung des Hauses die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt wird, findet eine namentliche Abstimmung statt, welche ergibt, daß das Haus beschlußfähig ist. Das Haus verlegt die Tagungsorte nach Berlin, den 29. Juni, um 12 Uhr, die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichsfinanzministeriums.

„Ich suche die Wahrheit!“

Unter diesem Titel erscheint dieser Tage im Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung nachst. ein Buch, das in Berlin ein neues Buch des Kronprinzen zur Kriegsschuldfrage; wir haben den nachfolgenden Abschnitt daraus hervorgezogen:

Unter dem schwer lastenden Felsblock des Vertrages von Versailles liegt mit der Freiheit dem Wohlstand und dem Weltfrieden Deutschlands auch die Wahrheit begraben. Aber sie ist nicht tot. Wenn man ihrer dunklen Gestalt nachdenkt und Luft haucht, wird es ihrer Grube zu beginnen zu seimen und zu wachsen, und langsam, aber mit unüberwindlicher Kraft wird, wie aus einem wunderbaren Grab auf dem Friedhof von Hannover, der Baum emporwachsen, dessen Blätter ihre Unerschlichkeit nicht, und den Felsen sprengen, der auf ihrem Grabe liegt. Denn nach Wahrheit, die Gemalt, Verleumdung, Furcht und Irrtum gemeldet haben, hat nach ihrem Wolkatha, und wenn es noch so lange gedauert hätte, ihre Aufklärung gefunden.

Dieses Buch soll nicht anders sein als eines von den Werken, die den Felsen durchbrechen helfen um dem Licht und der Luft den Weg in der Grube zu bahnen. In allen Ländern der Erde, und nicht am wenigsten hier in demen, deren Völker die Schuldliche mit unauströbar liegendem Haß gegen Deutschland befehlt hat, sind solche Werke an der Arbeit.

Der identische Inhalt unter diesen Verfassern im Dienst für die Verbreitung der Wahrheit, der Engländer E. D. Morel, dessen im November 1924 erfolgter Tod einen unerschütterlichen Beifall bedeutet, hat seinem letzten Auftrag auch die Kriegsschuldfrage den Titel „Ich suche die Wahrheit“ gegeben. Er hat diesem: Die Aufklärung der Beweise, nach denen Schuld am Krieg begründet sich auf ein Beweismaterial, das geradezu überwältigend ist. ... Die Annahme des Damespales wird als der Beginn einer neuen Ära begrüßt. Eine vollere Selbstklärung läßt sich genannt werden. Er bedeutet köstlichen ein Buch, in der man lesen können kann. Denn er hat diesen auf, er stellt Anforderungen, er verlangt in der Bemerkung das Recht fremder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines großen Volkes — ein in der Geschichte unvorhergesehener Vorgang — und diesen Werten, diesen Forderungen und Ansprüchen wird eine unaufrichtige Rechtfertigung beigegeben, weil die belanglose Nation in seiner Verleumdung unredlich gehandelt haben soll. So bleibt das

Caillaux' 6 Milliarden-Goldanleihe beschlossen

Der Traum der Goldwährung

Paris, 27. Juni.

(Eigener Drahtbericht.)

In der Kammer brachten die Angehörigen des Reichstages für 24 Jahre und 2 Monate in Artikel 3 der Finanzvorlage der neuen 6 Milliarden-Goldanleihe einen Gegenentwurf ein, der eine Anleihe zur Tilgung und zur Festigung der schwelenden Schulden unter starken finanziellen Entlastungen vorschlägt. Caillaux entgegnete, die Studie verlange eine vertrauenswürdigere Maßnahme wachsender Richtigkeit, man müsse die Rückkehr zur Goldwährung vorbereiten, weil die alte bewährte Länder angeklagt seien. Die Regierungsvorlage sei ein letzter Appell an die Bevölkerung. Die Regierung bitte daher die Kammer, sich dem Regierungsentwurf anzuschließen.

Nach einer sehr bewegten Diskussion wurde der Artikel 3 mit 273 gegen 30 Stimmen angenommen. Die folgenden beiden Artikel wurden ohne Schwierigkeiten erloscht. Artikel 6, der die Regierung verpflichtet, vor den Kammermitgliedern ein allgemeines Sanierungsprojekt einzubringen, wurde zurückgelegt. Leon Blum legte die Gründe der Sozialisten dar, die diese von einer Zustimmung zum dem Plan abgehalten haben. Er wünschte die Goldanleihe einen vollen Erfolg, an der er selbst teil habe. Die Regierung habe nur den Dollarkurs verunsichert, das habe für ein allgemeines gebotener Verfallung befallt gewesen, besonders wenn man auch die Verfallung der Sozialisten berücksichtigt hätte. Es sei ausgeschlossen, daß die 6 Milliarden durch Zeichnung wieder eingebracht werden könnten. Wenn auch die Sozialisten der Vorlage nicht zustimmen könnten, wollten sie auch nicht dagegen stimmen, um seine Regierungstreue hervorzuheben.

Caillaux entgegnete, daß man sich an dem Worte „Sanierung“ beruhe. Jeder glaube, daß er nach einem kleinen Opfer weiterleben könne. Man lese aber nicht mehr in den ägyptischen Verfallungen. Das Land solle nicht die Opfer, die uns bereiten sollen, seine Kleinigkeit sein.

Die Bier- und Tabaksteuer im Steuer- auschuß des Reichstages

Berlin, 27. Juni.

Im Steuer- und Ausschuss des Reichstages teilte Staatssekretär Roth vom Reichsfinanzministerium auf Antrag mit, daß das Finanzministerium sich vom Reichstagesrat habe die Vollmacht geben lassen, die Regierungsvorlage über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer für den Fall zurückzugeben, daß der Initiativkommission der Regierung zu diesen Steuern vom Klement des Reichstages dem Ausschuss überweisen wird. Roth sprach wachste sich der Ausschuss der Beratung der Budgetsteuer zu.

Eine kurze Landtagsitzung

Berlin, 27. Juni.

In der Sonnabend-Sitzung des preussischen Landtages wurde nach Erledigung von Eingaben eine große Anzahl von Gegenständen über Beamtenfragen, der demokratische Antrag über ein neues Disziplinargesetz, eine Reihe von Anträgen über Aufhebung der Reichsleiter- und Reichsleiterverordnung usw., sowie der gemeinsame Antrag über die Feststellung der Besetzungszahlen auf die Gewerkschaften für 1926 und über die Herabsetzung der Gewerkschaften der Ausschussberatung überwiegen. Das Haus setzte darauf die

Aussprache zum Vorhaben

fort. Abg. Gerbe (Zent.) legte die Stellung seiner Fraktion zu den eingeleiteten Anträgen dar.

Abg. Bernhart (Dn.) forderte Bollschuß und bringt Nebenfragen gegen das Reichsgericht vor.

Abg. Graf Stolberg (D.M.P.) trat für seinen Antrag ein, den Dienstausfall für die Postbeamten nicht zu kürzen. Damit schließt die allgemeine Aussprache, die Abstimmungen werden am Mittwoch vorgenommen.

In persönlicher Bemerkung hält

Abg. von Drosow (Dn.) seinen gefirgten, zur Flaggenfrage gemachten Hinweis, der heute Gegenstand der Diskussion seitens der Linken gewesen sei, aufrecht. Er erklärt, unter größtem Bedauern und anerkennend die Bemerkung der Linken, er habe als Abgeordneter gesprochen.

Nachdem die Eingelassene zum Fortschritt erledigt war, trat das Haus in die Beratung des Ausschussberichtes

Zeit sind. Man müsse seine Veranschlagung einleihen und sich seinen Umständen anpassen. Caillaux schloß zu dem Gemeinen: „Zind und hierüber, ein!“ „Darum kommt es zur Abstimmung. Heute nachmittag wird sich die Kammer mit dem Budgetentwurf für den Juli befaßt.“

Inflation oder — Goldfranken?

Paris, 27. Juni.

„Ere Souverain“ stellt in einer Verpredung der Finanzmaßnahmen Caillaux' fest, daß die Goldfranken-Anleihe der erste Schritt zur Wiedereinführung des Goldfranken ist. Man kann sogar sagen, daß Caillaux zwingende Verpflichtung zur Wiedereinführung des Goldfranken damit übernommen hat. Aber mit Ausnahme einiger linkslebenden Wähler urteilt die Presse, über die Finanzmaßnahmen ungünstig. Der bekannte Wirtschaftsminister Komier schreibt im „Figaro“: Durch die Vermeidung des Goldkaufes von sechs Milliarden werde die Kaufkraft des Franken sich natürlich dementsprechend verringern. Andererseits erklärte sich der Staat bereit, gegenüber den Sparkonten, die Papiergeldgarantie durch eine Goldgarantie zu ersetzen. Wenn der Staat einer bestimmten Kategorie von Anleihegebern eine besondere Vergünstigung gewährt, so werde es ihm schwer fallen, diese einer anderen Kategorie von Gläubigern zu bezeugen. Es dürfte dem Staat sogar unmöglich sein, zu verhindern, daß Prioritätsgläubiger auf der Grundlage einer besonderen Bestimmung gegen Deduktionszahlung abgeschrieben werden.

Die Annahme der Finanzvorlage im Senat

Paris, 27. Juni.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Senat hat heute nachmittag die Finanzvorlage mit 9 gegen 5 Stimmen bei 11 Stimmentzügen angenommen.

über Abbau der staatlichen Verwaltungsgebäuden ein. Der Ausschuss schlägt vor, die in Frage kommenden Verordnungen zur Kenntnis zu nehmen und für eine Reihe von Verordnungen Sachverhaltungen vorzunehmen.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt die Bestimmtheit der Regierung, diesen Wünschen zu entsprechen. Schwere Bedenken hinsichtlich der beauftragte Gehaltsreduzierung einer Reihe von Missständen in der Wohnungswirtschaft.

In längerer Aussprache wird von fast allen Parteien die Höhe der Gehältern beauftragt und andererseits darauf hingewiesen, daß der Staat auf diese Einnahmequellen nicht verzichten könne.

Zum Schluß wird der Antrag aller Fraktionen, der zu den nächsten Tagen der Verfassungskammer die Beschlußnahmen einführen soll, einstimmig verabschiedet. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung Anträge und kleinere Vorlagen.

Die schwierige Lage der Beamten im Landtagsauschuß

Berlin, 27. Juni.

Der Hauptauschuß des preussischen Landtages beschäftigt sich heute mit dem Antrag des Beamtenauschusses auf Erhöhung einer Wirtschaftsschleife von 100 M. an die Beamten der unteren Besoldungsgruppe 1-6. Nach längerer Aussprache nahm der Ausschuss einen Beschlusses an, nach dem der Landtag angefordert, der in weitesten Grenzen der Beamten herrschenden Notlage eine möglichst baldige Aufbesserung der Dienstbezüge der Beamten erachtet, unterbündig in Erwägung zu ziehen, wie den Bedürfnissen nach Aufbesserung wenigstens bei den wirtschaftlich schwachen Beamten alsbald Rechnung zu tragen sei und eine etwaige Aufbesserung auch den Beamten der mittleren und oberen Besoldungsgruppen der Wirtschaftsschleife 7-10 zuzugewandelt werden zu lassen. Das Staatsministerium wird, falls eine allgemeine Aufbesserung in nächster Zeit unmöglich sein sollte, erachtet, mit der Reichsregierung zu erörtern, ob nicht wenigstens die Beamten der Besoldungsgruppe 1-6 im Laufe des Juli 1925 eine außerordentliche Wirtschaftsschleife von 100 Rentenmark bewilligt werden könnte.

moderne Technik fertigen Häusern anderen Grundvermögen unterworfen sein, ohne daß die Bauten zusammenbrechen, so wird auch die Technik der Diplomatie es wohl fertig bringen, dem Vertrag von Versailles ein neues Fundament zu geben.

Aber dieser Vertrag wird dann als das trostlose, was er in Wirklichkeit ist, als ein Denkmal des großen Völkervertrages, der in der Weltgeschichte die tiefsten politischen Krieger: „Wachgeht vor!“

Die letzte Hülle wird von der Erde fallen, daß dieser Friede ein Friede der Gerechtigkeit sei, und er wird kommen. Die Geschlechter als der brutale Machtfrieden erscheinen, den Menschen die erlangten haben.

Das Brandmal trägt denn nicht mehr das deutsche Volk, sondern dieses Menschenmeer, durch das es gedemütigt und entrechtet werden sollte.

Gerade darum verheißt ich mir nicht, daß inzwischen der Erkenntnis der Wahrheit, die auf dem Wackel ist, dem ein großer Zeitpunkt liegen wird. Denn es ist sehr schwer, viel leicht unmöglich, einen durch solches Eingeständnis in so hohem Grade moralisch belasteten Vertrag gegen alle Ansetzungen wirksam zu föhnen, die er dann notwendigerweise erfahren muß. Der Schöpfer des Vertrages muß befriedigt sein, daß durch die Macht gedemütigte Völker durch die physischen Bindungen, die es immer in der Welt ausgeübt hat und auch in diesem Fall ausüben muß, auch die Machtverhältnisse verdrängt und dann den endgültigen Sieg davontragen kann, weil es die Macht in seinen Diensten anwendet. Es werden dann die Beamten zum Eingeständnis zu bringen, daß Deutschland sich ihnen fortbrennen und empfangen muß, bevor es in ihre Gesellschaft eintritt. Aber der Tag wird kommen, an dem die Wahrheit, die ich gekannt habe, und der dies Buch geweiht ist, ebenso fest in Millionen Gehirnen eingemurmert sein wird wie die Wahrheit, die ich gekannt habe, und die mich dieses Eingeständnis weilt es nicht mehr von Deutschland allein erfordert werden wird, sondern von allen den Völkern, die den ungeheuren Irrtum erkannt haben, in dem sie befangen waren, und wie eine reife Frucht in den Schößlingen. Denn darum sollten die Völker unter der Eingetragten der Wahrheit unerschrocken sein als unter der Eingetragten der Lüge?

Nicht die sofortige, daß die unaufrichtige Falschheit Eingeständnisses wird aber die Fortführung des Geistes sein, der den Vertrag von Versailles durchsetzt, und erst wenn dieser Geist, der die Atmosphäre unseres Planeten bezieht, zerfällt, ist, wird Deutschland, wird Europa, wird die Menschheit Ruhe und Frieden finden.

